

Herr Präsident
Herr Kantonsratspräsident
Herr Regierungsrat
Herr Ständerat, Kollege Nationalrat
Sehr geehrte Mitglieder des Kantonsrates
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der städtischen Behörden sowie der Bevölkerung der Stadt Solothurn heisse ich Sie ganz herzlich hier im Landhaus willkommen. Es freut uns sehr, dass Sie wiederum unsere Stadt als Ihren diesjährigen Tagungsort ausgewählt haben.

Gestern Abend konnte der Gemeinderat der Stadt Solothurn eine ausgezeichnete Rechnung 2014 genehmigen. Statt des budgetiertes Aufwandüberschusses von 3.8 Mio. Franken resultiert nun ein Ertragsüberschuss von 7.8 Mio. Franken, also eine positive Differenz von 11.6 Mio., gemessen an einem Gesamtaufwand von 120 Mio. Franken. Dieser Ertragsüberschuss ist ausschliesslich ertragsseitig zustande gekommen, konnten wir doch u.a. überraschend hohe Taxationskorrekturen sowohl bei den natürlich als auch bei den juristischen Personen entgegennehmen. Den Aufwand konnten wir praktisch budgetkonform abwickeln mit einer Differenz von bloss einigen hunderttausend Franken.

Diese viel höher als budgetiert ausgefallenen Steuererträge deuten auf eine stabile Wirtschaftssituation hin, allerdings bezogen auf die Jahre vor 2014.

Bekanntlich befürchten die Exportindustrie und der Tourismus für die zweite Jahreshälfte und die nächsten Jahre grosse Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Frankenstärke und der generell hohen Preise in unserem Land. Viel wird über mögliche Gegenmassnahmen geschrieben, und die selbst ernannten Experten schreiben Artikel um Artikel. Da und dort werden Konjunkturprogramme gefordert. Glücklicherweise ist der Bundesrat nicht auf diese Tour eingeschwenkt. Bundesrat Schneider – Ammann hat kein solches angeregt und wird dies auch in Zukunft nicht tun.

Ich teile seine Meinung, dass die stets zitierten, aber nach wie vor effektiv wichtigen Rahmenbedingungen für eine gute Standortqualität das Entscheidende sind. Es gibt nicht eine grosse Massnahme, um der Frankenstärke zu begegnen. Vielmehr braucht es viele kleine Verbesserungen, welche zur verstärkten Wettbewerbsfähigkeit führen. Vor allem müssen wir unser Verhältnis zu Europa regeln. Meine Meinung ist dabei klar: Wer die bilateralen Verträge aufs Spiel setzt, betreibt eine wirtschaftsschädigende Politik. Auch im Arbeitsmarkt braucht es dringend administrative Entlastungen wie zum Beispiel eine bessere Lösung bei der Arbeitszeiterfassung. Sämtliche Forderungen, welche die Flexibilität des Arbeitsmarktes beeinträchtigen, sind abzulehnen.

Um sich gemeinsam für diese Stärkung der schweizerischen Wirtschaft einzusetzen, haben die drei Parteien SVP, CVP und FDP einen sogenannten ‚Schulterschluss‘ propagiert. Dies tönt ja recht vielversprechend, muss aber noch manche Probe überstehen. Wenn beispielsweise eine Stabilisierung der Ausgaben auf dem Niveau der Rechnung 2014 gefordert wird, so muss man wissen, dass zwei der erwähnten Parteien im Hinblick auf das Budget dieses Jahres im Landwirtschaftssektor Mehrausgaben von 100 Mio. Franken beschlossen haben.

Und nach wie vor werden immer wieder Möglichkeiten ausstudiert, wie man den Arbeitnehmenden und überhaupt den Bürgerinnen und Bürger mehr Leistungen des Staates zukommen lassen könnte. Beispielsweise stammt auch die Idee eines Vaterschaftsurlaubes, welcher selbstverständlich zum grössten Teil von der Wirtschaft getragen werden müsste, aus der Feder eines bürgerlichen Politikers. Die kommende Sommersession ist gespickt mit Geschäften, welche schliesslich mehr Staat und Mehrbelastungen für die Wirtschaft nach sich ziehen, wenn sie dereinst realisiert werden sollen. Dass die Erbschaftssteuer, über welche wir am 14. Juni abstimmen, für viele KMU eine grosse Gefahr darstellen würde, brauche ich in diesem Kreis nicht näher zu erläutern.

Eine wesentliche Erleichterung für die Erhaltung eines starken Wirtschaftsstandortes Schweiz wäre es, wenn sich die Unternehmerinnen und Unternehmer wieder vermehrt aktiv in die Politik einmischen würden, und zwar dort, wo diese entschieden wird, d.h. in den Parlamenten und Exekutiven. Auf nationaler Ebene ist es für dieses Jahr wohl etwas spät, wenn Sie sich für einen solchen Schritt entscheiden möchten. Hingegen stehen in zwei Jahren ja bereits wieder Gemeinderat- und Kantonsratswahlen an, wo Sie sich bewerben und eine politische Karriere starten können. Der heute dagegen ins Feld geführte Zeitaufwand wird meines Erachtens etwas überschätzt. Wenn man sich auf die zu entscheidenden Geschäfte und entsprechenden Sitzungen konzentriert, sollte die Politik neben dem Beruf noch Platz haben. Allerdings muss man eben auf viele gesellschaftliche Verpflichtungen verzichten können, auch wenn die vielen angebotenen Apéros natürlich sehr schön sind.

Nun noch zwei Bemerkungen zu je einer Aktualität auf städtischer und auf Bundesebene:

Das Baugewerbe wird auch in Zukunft in der Stadt Solothurn Arbeit finden. Ein erster Entwurf des städtischen Finanzplanes 2016 – 2019 sieht Investitionen von rund 80 Mio. Franken vor oder rund 20 Mio. Franken pro Jahr. Davon entfallen rund 51 Mio. auf den Hochbau und ca. 25 Mio. auf den Tiefbau, der Rest auf den Werkhof. Beim Tiefbau entfällt ein grosser Teil auf die Fertigstellung des Fernwärmenetzes sowie auf Erschliessungsstrassen auf dem Gebiet im Westen unserer Stadt, auf dem Gebiet des sogenannten Weitblicks. Aufgrund dieser Erschliessungen wird dann hoffentlich der private Hochbau folgen, der auf insgesamt rund 12.5 ha in den Wohnungs- und Gewerbebau investieren soll und hoffentlich auch wird. Beim Hochbau sind es zahlreiche Kindergärten- und Schulhaussanierungen sowie Investitionen im Schwimmbad und auf unseren Sportplätzen, welche diesen Teil des Finanzplanes ausmachen.

Dazu kommen natürlich die Investitionen der stadteigenen Regio Energie Solothurn. Diese investiert zwischen 2015 bis 2018 insgesamt rund 48 Mio. Franken in ihre Netze von Strom, Gas, Wasser und Fernwärme. Während in den letzten Jahren die Fernwärme jeweils den grössten Anteil an den Investitionen trug, steht für die Planperiode das Stromnetz an vorderster Front. Gut 4 Mio. Franken sind für die letzten noch anstehenden Trafo-Sanierungen geplant, weitere 3 Mio. für die Sanierung von alten Kabelleitungen. Das Wassernetz mit dem neuen Reservoir Königshof wird ebenfalls erhebliche Investitionsbeiträge benötigen. Beim Gasnetz steht eine 5-Bar-Leitung an, während bei der Fernwärme der letzte Teil der Hauptleitung KEBAG Zuchwil – Solothurn abgeschlossen werden kann.

Das Projekt einer Siedlung an einem neuen Wasserlauf auf dem Gebiet der früheren Kehrichtdeponie im Westen der Stadt kann noch nicht näher beschrieben werden. Wir gehen davon aus, dass wir noch vor diesen Sommerferien vom Bundesamt für Umwelt über den Umfang der notwendigen Altlastensanierung orientiert werden. Sollte diese zwingende Sanierung nicht einen Totalaushub des früheren Stadtmistes umfassen, werden sich Kanton und Stadt Solothurn zu entscheiden haben, ob sie die Differenz auf eigene Kosten vornehmen wollen, dies natürlich im Hinblick auf die Schaffung einer attraktiven ‚Wasserstadt‘ an

einem neu anzulegenden Aarelauf. Das Projekt ist zwar bestechend, hätte aber noch grosse Hürden zu überspringen. Dabei stehen nicht nur die Investitionskosten für die öffentliche Hand im Vordergrund, sondern auch das restriktiv gewordene Raumplanungsrecht sowie ein sicher nicht unbestritten bleibender Eingriff in die Witi-Schutzzone.

Auf Bundesebene geht es u.a. um eine vernünftige Verkehrspolitik. Nachdem im Februar letzten Jahres die komplexe Vorlage FABI mit einem Investitionsvolumen von 6.4 Mia. Franken für die Eisenbahninfrastruktur bis 2025 gutgeheissen worden ist, steht nun die Strasseninfrastruktur im Vordergrund. Beschlossen ist die Erstellung einer zweiten Röhre während der Sanierung des Gotthard Strassentunnels. Darüber kommt es vermutlich im Februar 2016 zu einer Referendumsabstimmung. Abgelehnt worden ist die seinerzeitige Vorlage mit der Übernahme zahlreicher kantonaler Autobahnen ins Nationalstrassennetz unter Erweiterung um verschiedene wichtige Umfahrungsprojekte. Die Vorlage scheiterte an der vorgesehenen Erhöhung der Autobahnvignette um 60 Franken pro Jahr. Jetzt gehen wertvolle Jahre beim Nationalstrassenbau verloren. Wir werden darauf zurückkommen müssen, auch wenn die Strassenverbände behaupten, mit ihrer Milchkuhinitiative, mit welcher sie 1.5 Mia. Franken an Benzinzollerträgen, die zurzeit in die Bundeskasse fliessen, alle diese Strassenprojekte finanzieren zu können. Erstens ist es alles andere als sicher, dass unser Volk bereit sein wird, ein Loch von dieser Grössenordnung in die Bundeskasse zu reissen. Zweitens soll gleichzeitig die Beseitigung von weiteren Engpässen auf dem Nationalstrassennetz sowie verschiedene Agglomerationsprojekte auf der Strasse finanziert werden. Die Strassenverbände lehnen es ab, hiezue die Benzinzoll- bzw. Benzinzollzuschlagsabgabe um einige Rappen zu erhöhen. Auch dieses Vorhaben wollen sie mit der Milchkuh finanzieren.

Meines Erachtens sollte man hier eine pragmatische Lösung finden und sich vor Augen halten, was der volkswirtschaftliche Nutzen einer grosszügigen Verkehrsinfrastruktur bzw. die Beibehaltung einer zum Teil seit den Siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts gleich gebliebene Preisgestaltung wert sind. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur wiegt für mich hier eindeutig höher.

Damit möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit danken. Ich wünsche Ihnen persönlich, Ihrer Unternehmung, Ihrem Verband und damit auch einen wesentlichen Teil unserer Wirtschaft für die Zukunft nur das Beste.